KREIS
OSTHOLSTEIN

Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sicherheit und Gesundheit

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.09.2022
Ort, Raum:	Ostholstein-Saal, Raum B 2.01, Lübecker Straße 41, 23701 Eutin

Top 9 **Entwicklung der geburtshilflichen Versorgung; Antrag des Beirates für gleichstellungspolitisch Tätige in Ostholstein vom 15.08.2022** **VO/2022/177**

Herr Dr. Jürgens führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass die Verwaltung eine Bedarfsanalyse für notwendig erachte, da bislang valide Daten über die geburtshilfliche Versorgungssituation fehlten.

Frau Stürholdt informiert über die Schließung von weiteren Geburtsstationen (Henstedt-Ulzburg und -vorübergehend- Preetz) und weist darauf hin, dass Familien das sog. Onboarding oftmals aus organisatorischen Gründen nicht nutzen könnten. Die geburtshilfliche Versorgung sei nicht zufriedenstellend und die Situation verschärfe sich weiter durch die Zuwanderung und den Fachkräftemangel. Der Gleichstellungsbeirat habe dem Ausschuss in der Sitzung im November 2021 die Möglichkeit einer Bedarfsanalyse vorgestellt. Die Entscheidung sei auf die heutige Sitzung vertagt worden. Zwischenzeitlich habe der Beirat weiter recherchiert und sei auf die erfolgreiche Förderrichtlinie des Landkreises Göttingen gestoßen, die der Beschlussvorlage beigefügt sei. Es habe eine Fragebogenaktion gegeben, an der Schwangere sowie Eltern kurz nach der Geburt ihres Kindes teilgenommen hätten. Frau Hüttmann schildert die Ergebnisse dieser Befragung. Sie stellt dar, dass die Familienzentren zunehmend mit Anliegen rund um die Geburt frequentiert werden, insbesondere von Migrantinnen und Frauen aus bildungsferneren Schichten. Sie weist auf die begrenzten finanziellen Ressourcen der Familienzentren und den gestiegenen Handlungsdruck hin.

Der Vorsitzende dankt Frau Stürholdt und Frau Hüttmann für ihre Wortbeiträge.

Frau Kirner und Herr Jaeger sprechen sich für eine Beschlussfassung entsprechend der von der Verwaltung ausgearbeiteten Tischvorlage aus.

Auf Nachfrage von Frau Braune erläutert Herr Dr. Jürgens, die Vergabe der Bedarfsanalyse sei auszuschreiben.

Beschlussempfehlung für den Kreistag / Beschlussfassung:

Der Ausschuss für Soziales, Sicherheit und Gesundheit beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Bedarfsanalyse über die Versorgungssituation und die soziodemografische Lage von Hebammen und Gynäkologen im Kreisgebiet Ostholstein unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel im Haushalt zu veranlassen.

Der Ausschuss ist über wesentliche Zwischenergebnisse und das Ergebnis der Bedarfsanalyse zu unterrichten. Der Antrag des Gleichstellungsbeirates zur Einführung einer Förderrichtlinie zur Verbesserung der Hebammenversorgung im Kreis Ostholstein vom 15.08.2022 wird bis zur

Ergebnispräsentation und der abschließenden Befassung des Ausschusses zurückgestellt.

Beschlossen mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.